

Griechenland wieder anlagewürdig, Großer Warnstreik im öffentlichen Dienst, Große Gehaltsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Griechenland wieder anlagewürdig

Die Ratingagentur Fitch hat Griechenland in Hinblick auf deren Kreditwürdigkeit hochgestuft. Finanzminister Kostis Chatzidakis sprach am Samstag (02.12.2023) von einem großen nationalen Erfolg. Fitch sieht Griechenland wieder als anlagewürdig und hatte am späten Freitagabend (01.12.2023) des südeuropäischen Eurolands auf „BBB“ hochgestuft bei „stabilem Ausblick“. Ende Oktober 2023 hatte Standard & Poor's bereits als erste große Ratingagentur das Land wieder als investitionswürdig bewertet. Auch die Ratingagentur Scope hatten Griechenland in diesem Jahr bereits wieder als anlagewürdig eingestuft. ([Manager Magazin](#))

Großer Warnstreik im öffentlichen Dienst

Die Gewerkschaft Ver.di will am Montag (04.12.2023) mit einem neuerlichen Warnstreik in zahlreichen Einrichtungen und einer Demonstration mit Tausenden Teilnehmern noch einmal den Druck im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes der Länder erhöhen. Drei Tage vor der dritten Verhandlungsrunde sollen nach dem Wunsch der Gewerkschaft in Hamburg Beschäftigte unter anderem der Hochschulen, der Bezirksämter, der Schulen, der Feuerwehr, der Bürgerschaft, des Rechnungshofs und der Jobcenter die Arbeit niederlegen. Ver.di fordert für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder 10,5 Prozent mehr Einkommen,

mindestens aber 500 Euro mehr im Monat. ([Spiegel Online](#))

Große Gehaltsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Weiterhin klappt zwischen Ost- und Westdeutschland eine große Lohnlücke. Vollzeit-Beschäftigte in den neuen Ländern verdienen einem Medienbericht zufolge im Durchschnitt 3157 Euro brutto pro Monat und damit fast 600 Euro weniger als westdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das schreiben die Zeitungen der Essener Funke Mediengruppe unter Berufung auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage der Linken im Bundestag. Die Differenz beträgt nahezu ein Fünftel (!). Die Bundesregierung beruft sich den Angaben zufolge in ihrer Antwort auf die Statistik der Bundesagentur für Arbeit mit dem Stichtag 31. Dezember 2022. Mehr dazu [hier](#). ([Der Tagesspiegel](#))